

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Langenschiltach
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Dienstag, den 21.01.2025

Ort: Rathaus Langenschiltach

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Hartmut Breithaupt

Bürgermeister

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Frau Cynthia Blum

Herr Rolf Epting

Herr Manuel Lehmann

Frau Bettina Oehl

Herr Werner Schultheiss

Frau Erika Schwenk

Herr Thomas Weißer

Beamte, Sachverständige usw.

Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 13.01.2025 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Öffentliche Fragestunde

Protokoll:

- a) Ein Bürger erkundigt sich, wann der Breitbandausbau in Langenschiltach beginne.
Bürgermeister Rieger erläutert, er habe die Nachricht bekommen, dass weitere 19 Mio. Euro nach St. Georgen fließen würden. Für welche Maßnahmen diese verwendet würden, sei noch nicht klar. Stadtbaumeister Tröndle erklärt, die Maßnahme solle dieses Jahr noch anlaufen.
- b) Verschiedene Bürger aus Langenschiltach nehmen Stellung zu Tagesordnungspunkt 2, Energiepark Weißershof. Hauptsächlich wird auf die Landschaft, die so erhalten werden müsse, sowie auf den Tourismus eingegangen. In Langenschiltach finde ein großer Anteil des Tourismus statt. Auch dies solle nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Sorge ist, sollte diesem Antrag zugestimmt werden, dass ein Dominoeffekt entsteht und weitere Flächen in diesem Gebiet für die Bebauung mit Photovoltaikanlagen verbraucht würden. Die Meinung herrsche vor, Langenschiltach solle für Langenschiltacher erhalten bleiben und Menschen, die nie in Langenschiltach wohnen möchten, sollten nicht berücksichtigt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass täglich 20 Personen und Feriengäste von dieser Photovoltaikanlagen betroffen seien, die so groß wie zehn Fußballfelder sei. Die geplante Anlage auf dem Brogen wird zum Vergleich herangezogen. Dort gebe es keine Probleme, da nicht so viele Personen betroffen seien und die Anlage dort auch nicht so hoch geplant sei. Hinzu komme, dass die Anlage beim Weißershof für 30 Jahre bestehen bleibe und man müsse auch an die Zukunft und die Jugend denken. Die Frage kommt auf, wie es funktioniere, dass Schafe zur Beweidung unter den doch sehr heißen Paneelen eingesetzt werden können. Auch wird die angegebene Höhe von vier Metern in Frage gestellt.

**2 Projektvorstellung Energiepark Weißershof auf den Grundstücken Flst. Nr. 121/2, 121/3 und 121/4, Gemarkung Langenschiltach
Vorlage: 005/25**

Protokoll:

Ortschaftsrat Lehmann erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt befangen und rückt vom Beratungstisch ab.

Ortsvorsteher Breithaupt begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Babioch von der Firma KlarVolt sowie Herrn Dold, Grundstückseigentümer Weißershof.

Herr Babioch stellt die Firma KlarVolt vor. Die Felder Photovoltaik, Batteriespeicher sowie Wind Onshore seien die Aufgabengebiete. Die Firma KlarVolt übernehme die Bereiche der Flächenermittlung, der Genehmigung über die Projektplanung, Materialeinkauf, den Bau und Betrieb der Anlagen. Bei allen Schritten sei der Firma die Kommunikation mit allen Akteuren wichtig. Der Ablauf eines Photovoltaikprojekts benötige insgesamt bis zur Inbetriebnahme ca. vier Jahre. Die Anlage laufe dann in der Regel 30 Jahre.

Herr Babioch erläutert in Kürze das Prozedere der Bauleitplanung, die Grundlage für das Projekt sei.

Anhand von Plänen zeigt er die betroffenen Flächen auf. Nach dem Vor-Ort-Termin am vergangenen Freitag wurde der Waldabstand und ein Blühstreifen eingearbeitet. So würden ca. 5,7 ha Fläche für die Bebauung mit Photovoltaikpaneelen in Betracht kommen.

Die Anlagengröße betrage 6.4000 kWp und der Ertrag liege bei 940 kWh/kWp, was einen Gesamtertrag von 6.024.000 kWh bedeute. Damit könne eine CO₂-Einsparung von 2.408 Tonnen erfolgen. Ca. 1.720 Haushalte könnten mit dem gewonnen Strom versorgt werden. Wichtig sei auch die Gewerbesteuererinnahme, die 90 % die Standortgemeinde erhalte und 10 % die Betriebsstätte. Es erfolge ebenfalls die Abgabe nach § 6 EEG von bis zu 0,2 Cent/kWh. Somit werde ein großer Beitrag zur Energiewende geleistet.

Herr Babioch zeigt verschiedene Visualisierungen. Die optische Wirkung sei subjektiv und von persönlichen Präferenzen abhängig. Die Akzeptanz von Photovoltaikanlagen wachse stetig angesichts der Klimakrise und der Bedeutung von Klimaschutzprojekten.

Es erfolge ein minimaler Eingriff ins Landschaftsbild gegenüber einem signifikanten Beitrag zur Energiewende. Die Ausgestaltung könne mit Begrünungsmaßnahmen erfolgen, um die Sichtbarkeit zu reduzieren. Gewerbe- und Industrieanlagen hätten eine durchaus größere Wirkung. Eine landwirtschaftliche Nutzung nach 30 Jahren sei möglich.

Zum Thema Tourismus erklärt Herr Babioch sehe er keine Nutzungseinschränkung. Angebote seien uneingeschränkt nutzbar, ohne Beeinträchtigung durch Lärm, Geruch oder Störungen. Aktuell gebe keine Studien, die eine Auswirkung auf den Wert von Immobilien negativ bewerten. Ein wichtiger Punkt sei die Nachhaltigkeit und der regionale Beitrag zur Energiewende.

Der Vorschlag zur Verkleinerung der Fläche bedeute eine Reduzierung der Wirtschaftlichkeit und bringe kaum Vorteile in der Wahrnehmung. Durch die Topographie gebe es deutliche Höhenunterschiede der Module, jedoch nicht über vier Meter.

Eine Schafbeweidung sei möglich. Das Problem sei eher der Wolf. Zur Blendwirkung gebe es Gutachten. Die Module hätten mittlerweile alle eine Schutzfolie eingebaut, so dass keine Blendung zu erwarten sei.

Herr Dold erklärt, es gebe bereits einen Schäfer, der sich bereit erklärt habe, die Flächen zu bewirtschaften.

Ortschaftsrat Weißer fragt, ob die Möglichkeit bestehe, die Anlage insgesamt zu verkleinern und dafür einen Speicher aufzunehmen und ob die Anlage durch den Netzbetreiber bei Überstrom abgeschaltet werden könne.

Herr Babioch führt aus, der Netzbetreiber habe immer das Recht, die Anlage zu steuern, was auch immer wieder erfolge. Ein Speicher sei grundsätzlich möglich. Es sei ein ebenes Grundstück notwendig, auf das eine Art Seecontainer gestellt werden könne. In diesem Bereich sei das durch die Topographie nicht einfach.

Ortschaftsrat Epting erkundigt sich, ob es nicht möglich sei, die größere Fläche zu reduzieren und weitere Grundstücke hinzuzunehmen. Ihm fehle „Plan B“.

Herr Babioch erklärt, der große Bereich, ab Blühstreifen, sei das Herzstück der Anlage und bringe den höchsten Ertrag. Technisch sei es möglich. Man müsse mit den Eigentümern klarkommen. Verträge könnten nur über verfügbare Flächen geschlossen werden.

Herr Dold erwähnt, er habe zugesagt, dass es eine Verteilung geben könne, allerdings müsse Ersatzfläche vorhanden sein.

Es entsteht eine kurze Diskussion, ob der Beschlussvorschlag Kompromisse zulasse.

Stadtbaumeister Tröndle erwähnt, dies werde die Planung mit sich bringen. Im Verfahren können die Einwohner ihre Einwände vorbringen. Dies könne zu Veränderungen führen.

Es müsse allerdings gesehen werden, solle der Planung zugestimmt werden, dass es noch viele weitere Flächen in dem Gebiet gebe, auf denen Photovoltaik möglich wäre. Wenn einem Vorhaben zugestimmt werde, sei die Tür offen. Es sei auch so, dass die Behörden solchen Vorhaben sehr wohlwollend gegenüberstehen.

Bürgermeister Rieger weist darauf hin, der Ablehnungsgrund könne ausschließlich das Landschaftsbild sein.

Ortsvorsteher Breithaupt teilt mit, er tue sich mit der Entscheidung schwer. Grundsätzlich sei Photovoltaik sehr wichtig. Das Landschaftsbild auch. Er teile die Bedenken der Anwohner, sehe aber auch die Notwendigkeit der Energiewende. Er könne dem Beschlussvorschlag zustimmen, wenn die Anlage kleiner wäre. Diesen Kompromiss sehe der Beschlussvorschlag aber nicht vor.

Ortschaftsrätin Blum spricht die schöne Landschaft, Natur und Gegend im Schwarzwald an. Diese Anlage beeinträchtige die Bewohner und Menschen, die hier Urlaub machten. Bevor in solchen Bereichen Photovoltaikanlagen erstellt würden, sollten sämtliche Dächer und Parkplatzüberdachungen vorgesehen werden. Es müsse an die Zukunft gedacht werden. Hinzu komme, dass sich der Boden nach 30 Jahren Betrieb nur sehr

schwer erhole.

Bürgermeister Rieger erklärt, viele Projektierer hätten mittlerweile bei ihm vorgesprochen. Alle seien geldmotiviert. Er habe bei Lidl eine Anfrage gestartet, die Parkfläche zu überdachen und mit Photovoltaik auszustatten. Er habe keine Antwort erhalten. Diese Parkflächen seien nicht wirtschaftlich. Vorrang sollten Bereiche um Autobahnen, Schienen und privilegierte Landwirte haben.

Herr Babioch erklärt, die Politik habe so entschieden. Es werde Strom für die Zukunft benötigt. Er sehe die Anlage in Langenschiltach als Kompromisslösung. Zur Bodenqualität führt er aus, die Aussage von Frau Blum stimme nicht. Der Boden sei in einem wesentlich besseren Zustand nach einer Nutzung durch Photovoltaikanlagen. Dafür gebe es Studien.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat von Langenschiltach empfiehlt dem Gemeinderat der Stadt St. Georgen, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Vorhabenträger und dem Eigentümer des Energieparks Weißershof einen **städtebaulichen Vertrag zu verhandeln** und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: ./.

Ablehnung: 5

Enthaltung: 2

3 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

- a) Ortsvorsteher Breithaupt zeigt Pläne eines Bauvorhabens in Langenschiltach auf.
Ortschaftsrat Lehmann erkundigt sich, ob der Abstand zum vorhandenen Waldweg weiterhin groß genug sei, um mit Fahrzeugen vorbeizufahren.
Ortsvorsteher Breithaupt nimmt den Hinweis mit auf.
Der Ortschaftsrat spricht sich einstimmig für das Bauvorhaben aus.
- b) Ortsvorsteher Breithaupt berichtet, auf dem Friedhof sei Ende letzten Jahres eine Roteiche für Baumbestattungen gepflanzt worden. Die Bestattungsart müsse noch in die Friedhofssatzung aufgenommen werden.
Ortschaftsrat Lehmann weist darauf hin, dass in erster Zeit ein gewisser Abstand eingehalten werden müsse, falls der Baum nicht gut anwachse und ausgetauscht werden müsse.
- c) Ortsvorsteher Breithaupt teilt mit, er habe für Jubiläen usw. 290 Euro aus den Verfügungsmitteln ausgegeben.

- d) Ortsvorsteher Breithaupt berichtet, der Brunnenstock im Ort sei defekt. Der Steinmetz sei beauftragt und die Kosten werden aus den Verfügungsmitteln genommen.
- e) Ortsvorsteher Breithaupt erklärt, der Platz für die Grillstelle am Festplatz werde noch mit dem Bauhof abgesprochen. Die Arbeiten sollen in Eigenleistungen erfolgen.

4 **Anfragen aus dem Ortschaftsrat**

Protokoll:

- a) Ortschaftsrat Lehmann bittet, bei der Breitbandverlegung auch an das Feuerwehrgebäude zu denken. Der Funk werde auf Digitalfunk umgestellt und dafür sein gutes Internet Voraussetzung,
- b) Ortschaftsrat Schultheiss bemängelt den stark zunehmenden Verkehr auf der Hornberger Straße, auch durch große Fahrzeuge, 40 Tonner.
Bürgermeister Rieger erklärt, hier müsse das Land mitziehen. Die Problematik beginne bereits in Peterzell.
- c) Ortschaftsrat Schultheiss weist darauf hin, dass vom Kaltenbronn 1 bis zur Bushaltestelle die Kinder auf der Straße laufen müssten, weil kein Gehweg vorhanden sei.
- d) Ortschaftsrätin Oehl spricht die immer noch ausgebrochenen Bankette in der Staudenstraße an.
Ortsvorsteher Breithaupt kümmert sich.
- e) Ortschaftsrätin Oehl weist auf die starken Straßenschäden im Er-lenmoos hin.
Ortsvorsteher Breithaupt erklärt, teilweise habe der Bauhof schon Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. Es müssten aber auch noch Bäume entfernt werden, die teilweise die Straßen anheben würden.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 25. Februar 2025